

Fachgespräch

**„Geschichte und Gegenwart der Russlanddeutschen in der russischen Gesellschaft“
Deutsch-Russisches Haus, Moskau,
Donnerstag, 27. September 2007**

Schlusswort des Aussiedlerbeauftragten Dr. Christoph Bergner

Nun zu den Themen, und da steht natürlich am Anfang die Frage der Rehabilitierung. Also ich beginne vielleicht mal mit dem, was am wenigsten umstritten ist. Das ist das Argument, es bestehe eine Notwendigkeit, verloren gegangene Startbedingungen für die Russlanddeutschen jetzt nachträglich für die nächsten Generationen zu verbessern und aufzuholen. Dass es solche verloren gegangenen Startbedingungen gegeben hat, das hat Herr Aumann mit seinem persönlichen Beispiel belegt. Dafür kenne ich inzwischen auch viele Beispiele.

Und ich sehe hier einerseits natürlich die Verpflichtung der deutschen Seite, zu der wir uns bekennen, dass diese Verluste für die Angehörigen der deutschen Minderheit zu kompensieren sind durch Hilfe. Aber ich sehe in diesem Punkt auch das Interesse des russischen Staates, denn die Diskriminierungen der Vergangenheit haben dazu geführt, dass der russischen Gesellschaft selbst Potentiale verloren gegangen sind. Jedes verweigerte Studium auf Grund einer ethnischen Zugehörigkeit ist auch ein Stück verlorenes Potential für die russische Gesellschaft.

Und deshalb denke ich, dass die Gemeinsamkeit, die wir in der Regierungskommission in der Vergangenheit gefunden haben, wenn es darum ging, die verloren gegangenen Startbedingungen zu verbessern, dass die Gemeinsamkeit an dieser Frage eine gute Basis hat. Und ich bin ganz zuversichtlich, dass wir an dieser Frage dann auch mit den Partnern der russischen Regierung weiterarbeiten können und weiterarbeiten werden. Dies ist ein Ziel, was unter dem Gesichtspunkt Rehabilitierung nicht im Streit steht.

Der zweite Punkt: Gesetzgebung. Ich bitte um Verständnis, dass die Gesetzgebung oder die Arbeit des russischen Gesetzgebers nicht Gegenstand von Ratschlägen oder von Empfehlungen aus Deutschland sein kann. Dies ist ein innerrussischer Prozess, der durch die russische Duma vollzogen wird. Ich habe natürlich beobachtet, dass da Gesetzesvorlagen in viele Lesungen gekommen sind und zu guter Letzt in dieser Duma-Periode auch nicht verabschiedet worden sind.

Ich bedaure zumindest einen Punkt: Ich verstehe das Bedürfnis nach einer ehrlichen Erinnerungskultur. Wir in Deutschland haben in Sachen Erinnerungskultur eine schwere Last zu tragen. Was im Namen Deutschlands zwischen 1933 und 1945 geschehen ist, war schrecklich. Und wir scheuen uns nicht, das große Denkmal zur Erinnerung an die ermordeten Juden in Berlin zu setzen. Wir scheuen uns nicht, auch in außenpolitischen Erklärungen gegenüber den Völkern der Sowjetunion, gegenüber dem Staat Israel uns zu unserer nationalen Verantwortung in dieser Hinsicht zu bekennen. Aber gerade weil diese Erinnerung für uns in der Bundesrepublik Deutschland eine so schwere Last ist, glauben wir, Verständnis für diejenigen haben zu können, die auch eine ehrliche Erinnerung an andere Ereignisse, wo sie selbst Unterdrückte waren, einfordern.

Insofern verstehe ich das Bedürfnis nach einer ehrlichen Erinnerungskultur in Russland, was die Fragen der Deportation, der Entrechtung und der Unterdrückung der Russlanddeutschen betrifft. Wenn das Rehabilitierung ist, so müssten wir beispielsweise mal fragen, ob in der gemeinsamen deutsch-russischen Historiker-Kommission nicht auch ein Anknüpfungspunkt wäre, um diese Dinge zu behandeln und zu besprechen. Ich verstehe jedenfalls das Anliegen und unterstütze es auch.

Nun ist bei Rehabilitation die Frage: Mit welchem Ziel? Wie sieht die russlanddeutsche Gesellschaft in der Russischen Föderation in der Zukunft aus? Was stellen wir uns vor? Ich denke, die Diskussion hat gezeigt: Es gibt keinen Weg zurück zu Zeiten von Katharina oder zu Zeiten, die Herr German als die besonders effektiven Zeiten von 1860 bis zum Ersten Weltkrieg geschildert hat. Damals hatten wir andere gesellschaftliche Bedingungen insgesamt gehabt. Und ich habe, wenn ich es richtig gehört habe, auch niemanden hier in der Runde gefunden, der eine Kopie oder ein Zurück zu den alten Zeiten will.

Aber die Lösung in modernen Zeiten zu finden, ist nicht einfach. Und das hat Ihr Vortrag ja ganz deutlich gezeigt. Ich will es aus eigener Erfahrung sagen: Wir haben in meiner Zuständigkeit bei den Minderheiten in Deutschland beispielsweise die slawische Minderheit der Sorben, wo wir eine Verpflichtung eingegangen sind, sie in ihrer kulturellen Eigenständigkeit zu erhalten. Das ist dort relativ einfach, wo wir sorbische Dörfer haben in der Oberlausitz, wo alle Ortsschilder zweinamig sind – deutsch und sorbisch – ist die Geschichte noch relativ einfach.

Aber die moderne Gesellschaft ist so, dass die Leute ihre Arbeitsplätze weit in der Bundesrepublik Deutschland suchen. Und die sorbische Familie, die ich in Halle treffe, spricht vorwiegend deutsch und hat große Mühe, ihren Kindern das Sorbisch beizubringen. Das heißt also, die moderne Gesellschaft stellt für die Erhaltung von Minderheiten eine besonders schwierige Aufgabe. Die moderne Gesellschaft ist gekennzeichnet durch die Dominanz von Amtssprachen und durch die Dominanz, wo es um internationalen Verkehr geht, des Englischen.

Hier kulturelle Identität zu bewahren, ist eine schwierige Aufgabe. Und das in einer Diaspora-Situation ist noch schwieriger. Gleichwohl, auch die Russische Föderation – ich will auch Herrn Dubrowin daran erinnern – hat das Rahmenübereinkommen des Europarats über den Schutz nationaler Minderheiten unterschrieben, hat es ratifiziert, und in dieser Liste der nationalen Minderheiten in der Russischen Föderation gibt es natürlich auch die deutsche Minderheit. Und die Beschlüsse des Rahmenübereinkommens des Europarates heißen, dass der Staat sich dazu verpflichtet, die Minderheit vor Assimilierung gegen ihren Willen zu schützen.

Dies ist eine internationale Verpflichtung, die wir eingegangen sind, die wir auch in Deutschland eingegangen sind, weshalb wir Sorben und andere in besonderer Weise unterstützen. Und das gehört nun auch zur modernen Gesellschaft. Dass die moderne Gesellschaft erkannt hat, die kulturelle Vielfalt, die auch durch autochthone nationale Minderheiten bestimmt wird, diese kulturelle Vielfalt ist ein Wert, den wir erhalten wollen.

Und ich denke, wenn wir in vertrauensvoller Weise dann weiter auf dieser Basis arbeiten, dann finden wir Strukturen, wo Deutsch unter den ethnisch Deutschen wahrscheinlich nicht mehr in der Mehrheit Muttersprache ist. Das wird schwierig. Aber wo es noch den Status einer Kultursprache hat, die die eigene Identität pflegt und die eigene Identität erhält. Aber über solche Ziele muss man sich verständigen. Das ist ein modernes Ziel, über das man sich austauschen muss und wo man Wege suchen muss.

Wichtig ist jedenfalls, dass wir optimistisch sind oder jedenfalls zuversichtlich sind, dass auch unter den Bedingungen einer modernen Gesellschaft die kulturelle Vielfalt und die kulturelle Eigenständigkeit erhalten und gepflegt werden kann.

Und damit bin ich bei der Problematik der Selbstorganisation. Ich bitte, was ich am Anfang gesagt habe, nicht misszuverstehen. Ich habe gesagt, es ist ausschließlich Sache der Russlanddeutschen in der Russischen Föderation, wie sie sich organisieren. Der Umstand, dass andere deutsche Minderheiten alle Dachorganisationen gebildet haben, heißt nicht, dass das in Russland auch so sein muss. Worauf es mir aber ankommt, ist, dass zwischen den Organisationen, die existieren, Verständigung herrscht. Verständigung und nicht womöglich sogar

Feindschaft. Das muss ich nun leider sagen: Wenn ich die Geschichte der russlanddeutschen Organisationen sehe, die Frau Professor Ilarionowa aufgeschrieben hat, da gibt es leider viele Beispiele, wo es Auseinandersetzungen und Feindschaften gab. Und wenn die Veranstaltung so ein bisschen dazu beigetragen hat, Mauern abzureißen und Brücken zu bauen, wie Frau Hetsch am Anfang gesagt hat, dann wäre das schon ein ganz wichtiger Beitrag.

Denn ich glaube, das ist für eine konstruktive Arbeit im gemeinsamen Interesse wichtig, dass man mindestens auch bereit ist, gegenseitig die Veranstaltungen zu besuchen und miteinander in Kontakt tritt. Das ist einfach die Empfehlung, die ich geben will. Es muss keine gemeinsame Dachorganisation sein, aber es muss ein Zusammenwirken oder zumindest eine Verständigung sein, auch über unterschiedliche Meinungen hinweg.

Ich komme zum letzten Punkt. Ich habe bewusst, damit der Ausblick optimistisch ist, die Jugend mir bis zuletzt aufgehoben. Bin aber froh, dass sie sich hier zu Wort gemeldet hat. Wenn mich etwas optimistisch macht, dann das, was ich auch unter der russlanddeutschen Jugend nicht nur in der Russischen Föderation, [...] auch unter der Jugendorganisation Kasachstans erlebt habe, weil bei der Jugend, glaube ich, auch der Vorzug eines solchen Bekenntnisses zur nationalen Minderheit erkannt wird.

Ich sage in Veranstaltungen mit Jugendlichen immer: Der Weg, als Mitglied einer nationalen Minderheit in einer Mehrheitsgesellschaft zu leben, ist sicher unbequem. Aber er hat auch besonderen Reiz. Er kann Brücken bauen, er kann zur Kommunikation beitragen. Und ich denke, dass man auf dem Gebiet mehr tun muss und dass man auch mehr tun kann.

Wir werden ja in Wiesbaden jetzt die gemeinsamen Regierungskonsultationen haben. Ich weiß nicht, wie über das Thema deutsch-russischer Jugendaustausch gesprochen wird. Der betrifft natürlich nicht nur die Russlanddeutschen, es ist ein allgemeiner deutsch-russischer Jugendaustausch, aber die Russlanddeutschen sind natürlich als deutsche Staatsbürger auch Teil dieses Jugendaustausches. Wir haben uns neulich darüber unterhalten, dass ich ein bisschen bedaure, dass die Geschäftsstelle des Deutsch-Russischen Jugendaustausches in Hamburg und Moskau jetzt etwas schmaler entwickelt ist, will ich einmal sagen. Ich hoffe, dass wir Gelegenheit haben, auch hier etwas mehr Schwung hineinzubringen.

Ich kämpfe jetzt im Moment dafür, dass die deutsche Seite auch bei der Reisekostenerstattung für russische Teilnehmer – ich sage ausdrücklich nicht nur Russlanddeutsche, sondern russische Teilnehmer insgesamt – doch noch einmal einen Fahrtkostenzuschuss gibt. Aber ich hoffe, dass in Zukunft auch die russische Seite in dieser Hinsicht etwas besser ausgestattet wird. Ich hoffe, dass wir unsere Austauschdienste, ich blicke auf die Verantwortlichen der Botschaft, die ja viel schon getan haben in dieser Hinsicht, den Deutschen Akademischen Austauschdienst und anderes mehr aktivieren.

Hier kann das deutlich werden, worauf es mir eigentlich ankommt: Dass hinter unserem Anliegen - Rehabilitierung der Russlanddeutschen - eigentlich der Wunsch für ein Verständigungs- und Friedenswerk steht. Deutschland hat das große Interesse, eine strategische Partnerschaft zur Russischen Föderation dauerhaft zu begründen. Und eine solche strategische Partnerschaft braucht immer viele, viele Standbeine. Und es gibt glücklicherweise viele. Aber ich denke, ein Standbein dabei kann und sollte das Standbein Russlanddeutsche in der Russischen Föderation und auch diejenige, die als Spätaussiedler gerne die Kontakte hierher halten und wieder aufbauen wollen, sein.

Und in diesem Sinne, denke ich, haben wir durchaus auch noch die Möglichkeit, uns in entsprechender Weise hier weiter zu entwickeln. Wir sind sehr dankbar, dass das Föderale Programm abgeschlossen und rechtskräftig ist. Ich hoffe sehr darauf, dass wir bald mit unseren Partnern des russischen Staates ins Gespräch kommen, wie dieses Programm im Einzelnen dann umgesetzt wird, wie wir Leistung und Gegenleistung gestalten. Ich sage noch

einmal: Ich bin fest davon überzeugt, dass es nicht nur im Interesse einer Volksgruppe in Russland ist, sondern dass es im Interesse des russischen Staates und beider Staaten - der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation – ist, wenn wir diesen Weg gehen. Vielen Dank für diese Zusammenkunft.